



Thema: attac, Attac-,

URL: http://relevant.at/politik/oesterreich/1318260/regierungsmitglieder-gegen-hypo-u...



Neu registrieren Login Di, 18.02.2014



- Meinung
 - Politik
 - Chronik
 - Wirtschaft
 - Sport
 - Kultur
 - Society
 - Life
 - Reise
 - Motor
 - Hightech
- Österreich Europa USA Mehr Politik EU-Infothek

Niavaranis relevante Fragen

Regierungsmitglieder gegen Hypo-U-Ausschuss

18.02.2014 - 10:57



Debatte um Hypo geht weiter

© APA (Hochmuth)

Mehrere Regierungsmitglieder haben sich am Dienstag vor dem Ministerrat gegen einen Untersuchungsausschuss im Parlament zur Hypo Alpe Adria Bank ausgesprochen. Nun solle die ganze Energie zur Problemlösung verwendet werden, hieß es gegenüber Journalisten. SPÖ-Finanzstaatssekretärin Steßl sieht es an der Zeit, dass sich die FPÖ bei den Österreichern entschuldigt.

Grundsätzlich sei ein U-Ausschuss Sache des Parlaments und dort habe sich erst am Montag eine Mehrheit dagegen ausgesprochen, so Steßl. Sie verwies darauf, dass die jetzige Regierung jene "Suppe auslöffeln" müsse, die ihr andere eingebracht hätten. Es sei an der Zeit, dass sich die FPÖ und Parteiboss Strache bei den Österreichern entschuldigt für das "verantwortungslose Verhalten" in Kärnten. Auch Sozialminister Hundstorfer betonte, nun sei es wichtig zu schauen, mit welcher Variante die Bank abgewickelt wird. Ein U-Ausschuss löse das Problem nicht.

Ähnlich klang es bei ÖVP-Klubchef Lopatka: "Ein U-Ausschuss kann zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen Beitrag leisten." Die Untersuchung solle man der Justiz überlassen. Man müsse auch schauen, dass die Gläubiger und Altgläubiger einen Beitrag leisten und die Steuerzahler entlastet werden.

Auch Wirtschaftsminister Mitterlehner sieht einen U-Ausschuss sehr problematisch, "weil er der Sache nicht nützt". Das Interesse liege darauf, den Steuerzahler zu schützen.

ÖVP-Finanzstaatssekretär Danninger verwies darauf, dass das geprüft werde, was die Task Force auf den Tisch legt. Eine Rückabwicklung - womit der Zustand vor der Notverstaatlichung hergestellt würde - hält er derzeit für eine nachrangige Frage. Auch er plädiert dafür, nun die ganze Energie dafür einzusetzen, um das Beste für den Steuerzahler herauszuholen: "Alles andere ist jetzt kontraproduktiv." Zur Frage nach einer Einbindung der Gläubiger verwies er auf die Vorschläge der Task Force und wollte nicht weiter spekulieren.

Der frühere SPÖ-Finanzstaatssekretär und nunmehrigen SPÖ-Klubchef Schieder verwies darauf, dass bei der Hypo-Lösung viel "Experten-Hirnschmalz" nötig ist. Es handle sich dabei nun um eine Aufgabe, die das Finanzministerium zu leisten hat. Gegen den Vorwurf der Verschleppung des Problems wehrte sich Schieder: "Es passierten schon wesentliche Schritte zum kontrollierten Sterben der Bank." Die mögliche Einbindung der Gläubiger ist für ihn das Richtige. Schieder: "Es passierten schon wesentliche Schritte zum kontrollierten Sterben der Bank." Die mögliche Einbindung der Gläubiger ist für ihn das Richtige. Schieder: "Es passierten schon wesentliche Schritte zum kontrollierten Sterben der Bank." Die mögliche Einbindung der Gläubiger ist für ihn das Richtige.

Schieder räumte eine "babylonische Zahlenverwirrung" ein. Als drohenden Verlust nannte er drei bis sieben Mrd. Euro. Dies lasse sich jedoch mit der Bankenabgabe in einem vertretbaren Zeitraum gegenfinanzieren. Die bis zu 19 Mrd., die jetzt in den Schuldenstand eingerechnet werden, sei der potenzielle Bad Bank-Teil. Auch er betonte,



Faymann sieht Hypo-Verantwortung bei FPÖ



Grüne Dringliche will "Schutz der Steuerzahler"



Informant geht zu 10.000-Euro-Kuvert in Offensive



Österreicher gegenüber EU größtenteils skeptisch



Wirtschaftsbund gibt Blockade des Steuerpakets auf



Regierung gedachte gemeinsam Bürgerkriegsbeginns

Newsticker

- 11:27 Atomgespräche mit dem Iran in Wien gestartet
- 11:08 Entspannung nach Schneechaos in Kärnten
- 11:07 Gold für Maze im Damen-RTL - Silber für Fenninger
- 10:57 Regierungsmitglieder gegen Hypo-U-Ausschuss
- 10:35 Berlin und Paris wollen Finanzsteuer vorantreiben

Bildergalerien

Meistgelesen / Politik

- Renzi beginnt Regierungsbildung in Italien
- Atomgespräche mit dem Iran in Wien gestartet
- Regierungsmitglieder gegen Hypo-U-Ausschuss
- Faymann sieht Hypo-Verantwortung bei FPÖ
- Bilder des Tages, 04.02.2013

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac, Attac-,

URL: http://relevant.at/politik/oesterreich/1318260/regierungsmittglieder-gegen-hypo-u...

dass die Bank von der FPÖ-Landesregierung missbraucht worden sei und forderte eine Entschuldigung von Strache. Ein von der FPÖ und heutigen Team Stronach-Vertretern geforderter U-Ausschuss würde die "Täter zum Kläger" machen und dies wäre falsch. Grundsätzlich gebe es zwar nichts zu verstecken. Die Hauptenergie solle jedoch jetzt in die Bankabwicklung fließen.

Die Hypo Alpe Adria sorgte indes am Dienstag vor dem Ministerrat für Aktionismus. Grüne, SJ und Attac taten vor dem Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz ihren Unmut kund.

Etwa 40 Grünen-Vertreter, angeführt von Bundessprecherin Glawischnig, zeigten Schilder, auf denen sie fragten "Werner, was ist jetzt mit Gerechtigkeit" und "Spindi, Entfesselung der Bankenfrage?". Dass die Regierungsspitze im Pressefoyer nach dem Ministerrat erneut nicht auftreten wird, nannte Glawischnig "beschämend". "Wir haben die Sorge, dass die Steuerzahler nicht geschont werden", sagte sie.

Rund zehn Attac-Vertreter - ausgerüstet mit Rettungsreifen und Schwimmflügel - auf denen "Steuergeld" stand, forderten auf einem Plakat "Wir wollen wissen, wer gerettet wird!". Auch die Sozialistische Jugend (SJ) übte sich in Aktionismus. Sie veranstalteten einen Flashmob mit roten Teppich, Stehtischen und Sektgäsern unter dem Motto "Die Banken feiern Sektparty".

(APA)

► DRUCKEN

Mehr zum Thema

- Faymann sieht Hypo-Verantwortung bei FPÖ
- Grüne Dringliche will "Schutz der Steuerzahler"
- Informant geht zu 10.000-Euro-Kuvert in Offensive
- Österreicher gegenüber EU großteils skeptisch
- Wirtschaftsbund gibt Blockade des Steuerpakets auf
- Regierung gedachte gemeinsam Bürgerkriegsbeginns
- Match zwischen Gegnern und Befürwortern von ELGA
- Aufregung um PVA-Gelder für ÖAAB, PVA wehrt sich

- Home Niavaranis relevante Fragen
- Meinung
- Politik Österreich · Europa · USA · Mehr Politik
- Chronik Österreich · Europa · USA · Mehr Chronik · Wetter · Weltall
- Wirtschaft Konjunktur Inland · Konjunktur Ausland · Energie · IT-Business · Medien · PR · PR International
- Sport Fußball · Motorsport · Wintersport · Tennis · Golf · Mehr Sport · Xtreme Sport Videos
- Kultur Bühne · Film & TV · Musik · Literatur · Kultur- und TV-Tipps · Kulturpolitik
- Society VIPs · Kings & Queens
- Life Kulinarik · Beauty & Fitness · Fashion · Home Sweet Home · Gesundheit · Frauenleben
- Reise Österreich · Europa · Fernreisen · Specials
- Motor Cars · Bikes · Sicherheit
- Hightech Web · Computer · Mobile · Multimedia · Best of Electronics · 3D

Online-Werbung | Impressum | AGB | Jobs |

© 2010 Relevant Media GmbH

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag